

Hermann Fernau.

Wie deutsche Geschicht=  
schreiber einst urteilen  
werden.

Wir haben kein Tribunal zu scheuen.

v. Bethmann Hollweg.  
(Rede vom 9. November 1916.)

Sonderabdruck aus „Durch! . . . zur Demokratie!“



Bern-Bümpliz 1917

Druck und Verlag: Banteli A.-G.



Hermann Fernau.

Wie deutsche Geschicht=  
schreiber einst urteilen  
werden.

Wir haben kein Tribunal zu scheuen!

v. Bethmann Hollweg.

(Rede vom 9. November 1916.)



Bern • Bümpliz 1917

Druck und Verlag: Benteli A. G.

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in  
fremde Sprachen, vom Verfasser vorbehalten.

Copyright 1917 by Hermann Fernau, Zurich.

Die Aufgabe der zukünftigen deutschen Geschichtschreiber wird im höchsten Grade undankbar und peinlich sein. Wie werden sie wohl die Begeisterung, die staunenswerte Geschlossenheit und den felsenfesten Glauben an das heilige Recht der deutschen Sache erklären, mit dem das deutsche Volk in diesen Weltkrieg gezogen ist? Werden sie, die nicht mehr unter der Burgfriedenzensur, das heißt unter der Vormundschaft des deutschen Generalstabes stehen werden, die heute in Deutschland vorgeschriebenen Ideen über die Notwendigkeit und Entstehung dieses Weltkrieges ernsthaft aufrecht erhalten? Oder werden sie sie mit Hilfe des schon heute vorhandenen erdrückenden Beweismaterials als geschichtlich unhaltbar verwerfen? Und gesetzt, ihre Wahrheitsliebe zwingt sie dazu, wie sollen sie in diesem Falle der Nachwelt wohl begreiflich machen, daß Deutschland damals nicht mit einem Gefühl des Schmerzes und der Bestürzung in diesen Weltkrieg zog, sondern mit hellem Jubel, als ginge es zu einem Fest?

Ich fürchte, die deutschen Geschichtschreiber der Zukunft werden nur mit unwilligem Erstaunen die deutschen Zeitungen (insonderheit die Witzblätter) der ersten Kriegsmonate durchsehen können, so unpassend, so gründlich undeutsch und barbarisch wird ihnen die kuriose Rechtsidee, die Siegestrunkenheit, die Kritiklosigkeit und, sagen wir es nur offen, die Großmäuligkeit der führenden Organe und Männer

Deutschlands im Angesicht der nackten, historischen Wahrheit vorzukommen.

Und ihr unwilliges Erstaunen wird sich in stillen Schmerz oder helle Empörung wandeln, nachdem sie die Frage untersucht haben werden: Mußte es sein? War der Weltkrieg wirklich unvermeidbar? — Vom Joche der Burgfriedenzensur befreit und nur noch mit der vorurteilslosen Feststellung der geschichtlichen Wahrheit beschäftigt, wird es ihnen leicht sein, die Antwort darauf zu finden: Nein, es mußte nicht sein! Es wäre auch anders gegangen!

Denn schließlich: Warum mußte Deutschland am 1. August 1914 Rußland den Krieg erklären? Weil in Serajewo ein österreichischer Thronfolger ermordet worden war? Niemand betrachtet diesen Mord als Kriegsgrund an sich, weil niemand sich vorstellen kann, daß es im zivilisierten Europa jemals Menschen gegeben habe, die der Meinung waren, ein Fürstenleben wiege Millionen gewöhnlicher Menschenleben auf. Immerhin werden die späteren deutschen Geschichtsschreiber nicht begreifen, warum man diesen Mord zum Anlaß jenes Ultimatus an Serbien machte, das den Kriegswagen ins Rollen brachte. Als 1894 der französische Präsident Carnot in Lyon von einem italienischen Anarchisten ermordet wurde, fiel es da jemand in Frankreich ein, zu sagen, die Italiener seien ein „schmutziges Pack“ (so betitelten damals österreichisch-ungarische Staatsmänner und Journalisten die Serben) und man müsse eine „Strafexpedition“ gegen sie ausrüsten? Als die Kaiserin Elisabeth von Osterreich 1898 am Genfer See von einem anderen italienischen Anarchisten ermordet wurde, kam da jemand in Osterreich auf die Idee, der Schweiz ein Ultimatum mit der Behauptung zu senden, der Schweizer Bundesrat schmiede Umtriebe gegen Osterreich und unterstütze die irredentistische Bewegung in Italien? Keineswegs. Die Welt war über diese Attentate empört, die Mörder wurden bestraft und jedermann begriff, daß dies die einzig mögliche Erledigung war.

Daß man also 1914 den Mord von Serajewo (der noch dazu nicht von Serben, sondern von österreichischen Staatsangehörigen auf österreichischem Boden verübt wurde) zum Gegenstand einer diplomatischen Aktion gegen Serbien machte, ist eine Tatsache, die von vornherein vom Standpunkt des Rechts Beurteilung verdient. Denn ein Staat,

der wegen eines solchen Vorkommnisses solche Forderungen in solcher Tonart stellt, kann nicht als friedliebend gelten; er weiß im voraus, daß durch seine Handlung eine Kriegsgefahr entstehen muß.

„Es war nicht der Fürstenmord von Serajewo, der die Ursache zum Weltkrieg wurde“, werden die deutschen Annalen der Kriegsgeschichte den späteren Geschichtschreibern antworten. Wenn Deutschland am 1. August 1914 Rußland den Krieg erklären mußte, dann geschah das aus Bündnistreue gegen Österreich. Der Mord von Serajewo war nur ein äußeres Symptom jener serbischen und russischen Umtriebe, die seit langem schon Österreichs Weltmachtstellung bedrohten. Serbien fühlte sich stark durch Rußlands Schutz. Da wir mit Österreich verbündet waren, konnten wir diese Bedrohung nicht zugeben und mußten ihm, da Rußland sich eigenmächtig in den österreichisch-serbischen Konflikt einmischte, gegen Rußland zu Hilfe eilen. So entstand der Weltkrieg.

Diese Begründung ist für die geschichtliche Wahrheitsforschung nur dann vollwertig, wenn sie durch Beweise erhärtet werden kann. Vergeblich werden aber die Geschichtschreiber der Zukunft nach tatsächlichen Beweisen für die serbische und russische Drohung suchen. Aus den zahlreichen Diplomatenaften werden sie nicht ein einziges Schriftstück zutage fördern können, aus dem unzweideutig hervorgeht, daß Rußland den Serben tatsächlich zum kriegerischen Widerstand gegen Österreich geraten hat. Ebensovienig werden sie je ein beweiskräftiges Dokument finden, aus dem hervorgeht, daß der Mord von Serajewo planmäßig im Einvernehmen mit Serbiens oder Rußlands Regierung verübt wurde. Sie werden im Gegenteil die Nr. 40 des russischen Orangebuches und die überaus entgegenkommende serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum als Beweise dafür ansehen müssen, daß Rußland den Serben zur Mäßigung riet und daß Serbien diesen Rat befolgt hat. Denn eine entgegenkommendere Antwort als die, welche es Österreich gab, ist kaum denkbar.

Wenn fast alle deutschen Darstellungen behaupten, Österreich-Ungarn sei aufs schwerste bedroht gewesen \*), so fehlen erstens, wie gesagt,

---

\*) Um unter hunderten nur ein Beispiel herauszugreifen: Professor Hern. Duden schreibt: (Deutschland und der Weltkrieg, Berlin 1915, S. 540). „Es konnte nicht anders sein, als daß die schwer verletzte Großmacht, die so lange die Bedrohung mit Langmut ertragen hatte, sich in diesem Moment erhob.“

die handgreiflichen, geschichtlichen Beweise für diese Bedrohung, zweitens aber (was noch wichtiger ist) wirklich glaubbare Rechtfertigungen dafür, daß Österreich mit einem Schiedsgericht nicht billiger und vernunftgemäßer zu seinem Recht kommen konnte als durch den Mord von Millionen Menschen.

Die zukünftigen deutschen Geschichtschreiber, denen zudem die Psychologie der Fälle Prohaska, Friedjung usw. besser bekannt sein wird als uns, werden also Zweifel setzen müssen in die Behauptungen der österreichischen Diplomatie, die fortwährend von „Umtrieben“ spricht, ohne jemals greifbare Beweise dafür beizubringen.

Was andererseits die deutsche Bündnistreue für Österreich angeht, so werden sie zugeben müssen, daß sie in der Tat nicht nur treu, sondern geradezu aufdringlich war. Denn Deutschland stellte nicht nur an Rußland ein zwölfstündiges Ultimatum in einem Augenblick, als Österreich selbst sich schon bereit erklärte, mit Rußland abermals zu verhandeln (Rotbuch Nr. 55, 56), es machte also damit diese österreichische Friedensbereitschaft der letzten Minute nicht nur hinfällig, sondern es erklärte auch den Krieg an Rußland volle fünf Tage vor dem so sehr bedrohten Österreich selbst. Treuer konnte man nicht sein.

Leider werden die zukünftigen deutschen Geschichtschreiber die Aufrichtigkeit dieser „Nibelungentreue“ bezweifeln müssen, wenn sie weiter in die Kriegsgeschichte eindringen. Denn als am 23. Mai 1915 Italien plötzlich Österreich den Krieg erklärte, da wußte das bündnistreue Deutschland nichts mehr von dieser neuen, ungleich gefährlicheren Bedrohung des Bundesgenossen. War Österreichs Existenz und Weltmachtstellung durch Italien weniger bedroht als durch Serbien? Wer kennt die höheren Einsichten der damaligen Diplomaten? Tatsache ist, daß Deutschland keinen Krieg an Italien erklärte. Entweder nun, so werden die späteren deutschen Geschichtschreiber folgern, war unsere Bündnistreue für Österreich wirklich ehrlich, dann aber war unsere Haltung im Mai 1915 Österreich gegenüber ein Vertragsbruch; oder aber, sie ist nur eine Diplomatenlüge gewesen und dann hätten unsere

---

Nicht eine Frage des äußeren Prestiges, sondern ihre Existenz stand auf dem Spiele, wenn sie diesen Angriff hinnahm.“ — Welche juristisch stichhaltigen Beweise hat Prof. Onden dafür, daß Österreichs „Existenz auf dem Spiele stand“?

Vorfahren, wenn sie wirklich den Frieden wollten, dem Kampfe Österreichs gegen Serbien und Rußland ebenso untätig zusehen können, wie sie später dem Kampfe ihres Bundesgenossen gegen Italien zusehen.

Aus alledem scheint hervorzugehen, daß weder der Fürstenmord von Serajewo, noch die ständig behaupteten aber niemals bewiesenen serbisch-russischen Umtriebe, noch auch die deutsche Bündnistreue für Österreich die wahre Ursache zum Weltkrieg sein kann. Unmöglich konnten unsere Vorfahren der halben Welt den Krieg erklären, ohne tatsächlich und handgreiflich angegriffen worden zu sein, werden die deutschen Historiker der Zukunft sagen. Gesezt selbst, daß sie den Krieg an sich liebten, so konnten sie doch niemals so übermütig sein, gleich vier Staaten auf einmal anzugreifen. Augenscheinlich muß ein direkter Angriff auf unser Land, eine effektive Verletzung der nationalen Würde, kurzum ein handgreifliches Attentat auf unser Vaterland vorgelegen haben, das uns zum Kriege zwang.

Aha, hier haben wir den eigentlichen Casus belli (Weißbuch S. 14): „Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittag des 1. August . . ., unsere Grenzen und rückten auf deutschem Gebiet vor.“ Es ist klar, daß wir das nicht dulden konnten. Zweifellos wurde die deutsche Kriegserklärung mit diesem Russeneinfall begründet. Sehen wir nach. Hier haben wir (Weißbuch Anlage 26) die offizielle deutsche Kriegserklärung an Rußland. Wie? Sie ist vom 1. August 1914 nachmittags 12 Uhr 52 Minuten datiert? Wie konnte man um 12 Uhr 52 Minuten mittags in Berlin wissen, daß „am Nachmittag“ des gleichen Tages russische Truppen die deutsche Grenze überschritten hatten? — Und was ist das? Die deutsche Kriegserklärung ist ja gar nicht mit einem Einfall russischer Truppen begründet! „Da Rußland sich geweigert hat, dieser Forderung (der Einstellung der militärischen Maßnahmen) Folge zu leisten und durch diese Weigerung befundet hat, daß sein Vorgehen gegen Deutschland gerichtet war, so habe ich die Ehre usw. usw. . . .“ Also waren es nicht die Russeneinfälle (S. 14), die uns zum Kriege gegen Rußland zwangen, sondern (Seite 46, Anlage 26, 27) die Nichtbefolgung des an Rußland gestellten Ultimatum? Dieser Widerspruch in den offiziellen deutschen Dokumenten wirkt ge-

radezu beängstigend. Wußte denn die deutsche Regierung nicht, weshalb sie eigentlich den Krieg an Rußland erklären mußte? Haben die russischen Truppen wirklich unsere Grenzen überschritten oder erklärten wir nur deshalb den Krieg an Rußland, weil es sich geweigert hatte, auf ein Ultimatum zu antworten, das schon seiner kurzen Befristung wegen beleidigend wirken mußte! Welch sonderbarer Widerspruch in einer so blutig ernstlichen Sache!

Unsere aus diesem Widerspruch aufsteigende Vermutung (daß wir nämlich den Krieg an Rußland nicht erklärten, weil wir mußten, sondern weil wir wollten) steigert sich zur Gewißheit durch einen offiziellen Aufsatz, der am 27. Mai 1916 im *Pester Lloyd* (offiziöses Organ der österreichisch-ungarischen Regierung in Budapest) erschienen ist. In Erwiderung auf eine Rede des damaligen englischen Ministers Grey, worin dieser betont hatte, daß der Krieg vermieden worden wäre, wenn man seine Vorschläge einer diplomatischen Konferenz (englisches Blaubuch 67, 84, 101, 103) angenommen hätte, heißt es dort: „Wie groß und unabänderlich unsere Entschlossenheit war, den Streit mit Serbien so auszutragen, daß die verbrecherische Friedensbedrohung von dieser Seite ein für allemal ausgeschaltet würde, das mag Sir Edward Grey daraus erkennen, daß wir in voller Aufrichtigkeit feststellen: Auch wenn die russische Regierung ihre trotz scheinheiliger Zusicherungen und Beteuerungen heimlich fortgesetzte Mobilisierung unterlassen oder unterbrochen hätte, wäre Österreich-Ungarn auf keine Konferenz gegangen, sondern es hätte darauf bestanden, unbehindert von jeder dritten Seite seine Sache mit Serbien entsprechend den Notwendigkeiten seiner künftigen Sicherheit auszutragen.“

Auch wenn Rußland seine Mobilisierung unterlassen oder unterbrochen hätte! — Hier hört jeder Zweifel auf. Denn es sind nicht mehr die Feinde Deutschlands, die das behaupten, es ist ein offizielles Organ der österreichisch-ungarischen Regierung, das diese „Feststellung“ in „voller Aufrichtigkeit“ macht. Für uns ist diese Feststellung ein geschichtliches Dokument, aus dem wir leider mit nicht fortzuleugnender Deutlichkeit erkennen müssen, daß Österreich, gestützt auf Deutschland, den Krieg absolut wollte.

\* \* \*

Und wie stand es mit Frankreich? Zwar begreifen wir nicht, wie die deutsche Regierung damals die fixe Idee haben konnte, ein Krieg gegen Rußland sei unvermeidbar; aber noch viel unbegreiflicher ist es uns, warum sie auch Frankreich (und damit zusammenhängend leider auch Belgien) den Krieg erklären mußte. Hier haben wir die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 4. August 1914, in der es heißt: „Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene Kompagnien! Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen und uns tatsächlich angegriffen.“ Hier scheint kein Zweifel möglich: Wir waren, wie uns der Reichskanzler feierlich versichert, „tatsächlich angegriffen“. Es berührt uns freilich eigentümlich, daß der Reichskanzler schon im nächsten Satz der gleichen Rede zugibt, daß wir selbst die französische Grenze schon vor der Kriegserklärung überschritten haben: „Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des 14. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten.“ Der Reichskanzler sucht die Bedeutung dieser Tatsache abzuschwächen, indem er fortfährt: „Aber lange bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen.“

Man wird es uns nicht verübeln, wenn wir, nachdem wir in Sachen der russischen Grenzüberschreitungen die Unrichtigkeit der deutschen Darstellungen feststellen mußten, auch hier wieder nach unumstößlichen Beweisen für den „tatsächlichen Angriff“ suchen. Zunächst stellen wir fest, daß die deutsche Kriegserklärung, die Herr von Schoen am 3. August 1914 um 6 Uhr 45 Minuten in Paris überreichte, von eigentlichen Grenzüberschreitungen überhaupt nichts weiß, sondern sich nur auf die auch vom Reichskanzler hervorgehobenen Fliegerüberfälle stützt: „Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl ausgesprochen feindseliger Handlungen festgestellt, welche auf deutschem Gebiet durch französische Flieger begangen worden sind. Von diesen haben mehrere offenbar die Neutralität Belgiens verletzt, indem sie das Gebiet dieses Landes überflogen. Der

eine machte den Versuch, Gebäude in der Nähe von Wesel zu zerstören, der andere wurde über der Gegend der Eifel erblickt, ein anderer warf Bomben auf die Eisenbahnstrecken in der Nähe von Karlsruhe und von Nürnberg. Ich bin beauftragt und habe die Ehre usw. . ." (franz. Gelbbuch Nr. 147).

Der deutsche Reichskanzler hätte unsere Nachforschungen durch Angabe von Daten und Einzelheiten bedeutend erleichtern können. Diese fehlen leider in seiner Rede gänzlich. Wir waren daher genötigt, die Zeitungen von Wesel, Karlsruhe und Nürnberg aus der Zeit vom 25. Juli bis 3. August 1914 genau durchzusehen. Eine um so langwierigere Arbeit, als alle unsere Nachforschungen leider e r g e b n i s s l o s verlaufen sind. Keine dieser Zeitungen weiß etwas von französischen Fliegern zu berichten, die Bomben geworfen hätten. Kann man glauben, daß sie über ein so geräuschvolles Ereignis Stillschweigen beobachtet hätten? Aber nicht nur wir haben nach Beweisen für den vom Reichskanzler und dem deutschen Gesandten angegebenen Kriegsgrund gesucht. Schon während des Weltkrieges haben aufrichtige deutsche Patrioten danach geforscht und, als sie nichts fanden, sich direkt an die deutschen Behörden um Auskunft gewandt. Einer von ihnen, Herr Dr. Schwalbe, Herausgeber der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ in München, erhielt auf seine Anfrage folgenden vom 3. April 1916 datierten Bescheid des Nürnberger Magistrats, den er in der Nummer vom 18. Mai 1916 seiner Wochenschrift zum Abdruck brachte:

„Dem stellvertretenden Generalkommando des III. bayerischen Armeekorps hier ist nichts davon bekannt, daß auf die Bahnstrecke Nürnberg-Kissingen und Nürnberg-Ansbach vor und nach Kriegsausbruch je Bomben von feindlichen Fliegern geworfen worden sind. Alle diesbezüglichen Behauptungen und Zeitungsnachrichten haben sich als falsch herausgestellt.“

Als falsch herausgestellt! Also war die Begründung der Kriegserklärung an Frankreich eine Fabel? Also erklärten wir den Krieg an Frankreich nicht, weil wir „tatsächlich angegriffen“ waren, sondern weil wir es unter erfundenen Vorwänden angreifen wollten? Also war das Ganze nur eine freie Erfindung? Es ist erschütternd, sich vorzustellen, daß es im 20. Jahrhundert Leute gab, die solche Erfindungen

machten und im gleichen Atemzug feierlich proklamierten: „Meine Herren! Wir sind jetzt in der Notwehr! Und Not kennt kein Gebot!“

Im Osten Einfälle russischer Truppen, im Westen Fliegerbomben auf süddeutsche Eisenbahnen. Im Osten ein beklemmender Widerspruch zwischen der Kanzlerrede und der offiziellen deutschen Kriegserklärung. Im Westen ein noch krasserer Widerspruch in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen der gleichen Kanzlerrede. Hier die „in voller Aufrichtigkeit“ gemachte Feststellung eines hochoffiziösen Blattes, daß man von vornherein entschlossen war, keine Konferenz anzunehmen, das heißt den Krieg vom Zaun zu brechen. Dort die nicht minder kategorische Feststellung deutscher Behörden, daß der „tatsächliche Angriff“, womit der deutsche Reichskanzler die Kriegserklärung an Frankreich begründet hatte, eine freie Erfindung der deutschen Regierung ist.

Dieser Reichskanzler ist wahrlich eine Merkwürdigkeit der Weltgeschichte.

\* \* \*

Das geht übrigens auch aus den Reden hervor, die Herr von Bethmann Hollweg im Laufe des Weltkrieges gehalten hat.

So sagte er zum Beispiel in seiner berühmten Rede vom 9. November 1916: „Der Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Generalmobilmachung, die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli angeordnet wurde.“ Wir gestehen: wir begreifen nicht, wie man nach 27 Monaten Krieg noch so zum deutschen Volke sprechen konnte. Die Mobilisation in Rußland, Österreich, Deutschland und Frankreich war doch offenbar das Ergebnis achttägiger diplomatischer Vorverhandlungen, das heißt der Schlußakt des großen Welt dramas, dessen Vorspiel schon am 23. Juli mit der Übergabe des Ultimatus an Serbien begann. Wie man ein Pferd nicht beim Schwanz zäumen, so kann man auch die Aufführung eines Dramas nicht mit seinem Schlußakt beginnen. Ganz besonders hier nicht, weil schon in der Einleitung zum deutschen Weißbuch (S. 6) die bezeichnenden Worte stehen: „Wir waren uns hierbei (daß wir Österreich unser Einverständnis zu diesem Ultimatum gaben) wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unseren Bundespflichten entsprechend in einen Krieg ver-

wideln könnte.“ Dieser Satz besagt doch deutlich, daß man deutscherseits das Risiko eines europäischen Krieges sorgfältig und vorsätzlich schon am 23. Juli 1914 in Erwägung gezogen hatte. Lange bevor die russische Mobilisation angeordnet wurde, hatte Österreich Serbien den Krieg erklärt und ihn mit der Beschießung Belgrads begonnen. Ihrerseits hatte die deutsche Regierung zwei englische und zwei russische Vermittlungsvorschläge abgelehnt und außerdem einen direkt vom russischen Zaren ausgehenden Vorschlag (den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten) einfach unterschlagen (ein anderes Wort ist hier leider nicht anwendbar).

Die Besprechung der Schuldfrage muß also, wenn sie vorurteilslos und gewissenhaft sein soll, bei den Wörtchen „wohl bewußt“ des obigen Satzes beginnen. \*) Aus der Fülle der Ereignisse die russische Mobilisation herausgreifen und sozusagen als ein Ding an sich besprechen, ist unzulässig und erweckt den Anschein gewollter Außerachtlassung der vorausgegangenen Ereignisse, die zur Mobilisation führten.

Aber selbst wenn wir dem Reichskanzler zuliebe die russische Generalmobilisation einen Augenblick als Ding an sich betrachten, können wir ihm nicht beistimmen. Der Reichskanzler sagte: „Was übrigens den defensiven Charakter der russischen Gesamtmobilisation betrifft, so will ich hier ausdrücklich feststellen, daß beim Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 noch eine 1912 erlassene Anweisung der russischen Regierung in Kraft war, die wörtlich folgende Stelle enthält: Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges mit Deutschland ist.“

\*) In meinem Buch „Gerade weil ich Deutscher bin!“ (bei Drell Füßli, Zürich 1916) habe ich, S. 48—51, einige der Vorfragen formuliert, die man stellen muß, ehe man zur Besprechung der russischen Mobilisation gelangt. — Siehe hierzu auch S. 40—43 des gleichen Buches die Antwort auf eine Broschüre von Dr. Helfferich. (Im Widerspruch zu Herrn von Bethmann Hollwegs Darstellung sagt übrigens sein Mitarbeiter Helfferich, die russische Mobilisation sei „am 31. Juli frühmorgens“ angeordnet worden.) — Ferner heißt es im deutschen Weißbuch (S. 13), daß die russische Generalmobilmachung „bereits am Vormittag“ (des 31. Juli) angeordnet wurde. — Auf die Frage also: Wann hat die russische Generalmobilmachung stattgefunden? antwortet das deutsche Weißbuch: „am Vormittag“ des 31. Juli, Dr. Helfferich: „frühmorgens“ am 31. Juli, und der Reichskanzler: „in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli“! Drei offizielle deutsche Darstellungen enthalten also drei Widersprüche. Welcher soll man glauben?

Auch hier wollen wir dem Reichskanzler zuliebe gar nicht die Frage untersuchen, warum er dieses Dokument erst nach 27 Monaten Krieg bekannt gab, statt (wie das jeder andere Staatsmann in seiner Lage getan hätte) sofort, als von allen Seiten die Anschuldigung erhoben wurde, die deutsche Regierung habe den Krieg vorsätzlich herbeigeführt. Auch wollen wir einen Augenblick mit dem Kanzler annehmen, die russische Mobilisation sei tatsächlich früher erfolgt als die österreichische (wie sehr anfechtbar diese Behauptung ist und daß es sich dabei auf alle Fälle nur um einige Stunden gehandelt haben kann, ergibt sich aus Gelbbuch Nr. 115 und Rotbuch Nr. 53. \*) Trotz aller dieser entgegenkommenden Voraussetzungen können wir die Richtigkeit der Bethmann Hollweg'schen Behauptung (die russische Generalmobilisation habe den Krieg unvermeidlich gemacht, denn sie sei gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gewesen) n o c h i m m e r durch vier Tatsachen beweisen, gegen die es keine Argumente gibt.

Erstens durch folgendes (nach bereits angeordneter russischer und deutscher Generalmobilisation) gesandtes Telegramm des Zaren an Wilhelm II.: (Petersburg, 1. August 1914) „Ich habe Dein Telegramm erhalten, ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen n i c h t Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden zu verhandeln . . .“ (vergl. hierzu Weißbuch S. 12, die Zarendepesche vom 31. Juli). Hier ist also das feierliche Wort des Zaren wiederholt worden, daß die Mobilisation n i c h t Krieg bedeutet. Welche moralische und völkerrechtliche Berechtigung hatte die deutsche Regierung, dem feierlichen Wort des Zaren zu mißtrauen? Warum antwortete Wilhelm II. auf dieses Telegramm nicht mit der erbetenen Garantie, sondern mit dem abermaligen Verlangen der sofortigen Demobilisierung und mit den folgenschweren Worten: „Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegrammes einzugehen“ (Weißbuch S. 14). Warum?

Zweitens standen Rußland und Österreich sowohl 1908 als auch

---

\*) Vergleiche hierzu auch die Darstellung im Buche *J'accuse* (bei Payot & Co., Lausanne), S. 276; sowie J. W. Headlam, „Zwölf Tage Weltgeschichte“ (bei Payot & Co.), S. 211.

später 1912 wochenlang voll mobilisiert an den Grenzen und gingen doch nicht zum Krieg über. Warum? Weil damals keiner der verhandelnden Diplomaten den geheimen Vorsatz zum Krieg hatte. Deshalb wurden trotz der Mobilisation hüben und drüben die Verhandlungen fortgeführt und die Konflikte friedlich beigelegt. Auf diese geschichtlichen Präzedenzfälle hat übrigens Graf Berchtold, der damalige österreichische Minister, ausdrücklich selbst hingewiesen (Notbuch Nr. 17), um aller Welt klarzumachen, daß die Mobilisation auf der einen oder anderen Seite eben noch lange nicht Krieg bedeutet.

Drittens aber wußte damals jedes Kind in Deutschland, daß just eine russische Generalmobilisation durchaus keine so unmittelbare Gefahr für Deutschland war, wie Herr von Bethmann Hollweg uns glauben machen möchte. Infolge seiner Gebietsausdehnung und mangelhafter Eisenbahnverbindungen brauchte Rußland für die volle Mobilisation seiner Streitkräfte etwa viermal so viel Zeit als andere europäische Militärstaaten. Just dieser für Deutschland beruhigende Umstand hätte es der deutschen Regierung ermöglichen müssen, ohne Gefahr einige Tage zuzuwarten, das heißt, die Verhandlungen fortzuführen. Statt aber diese Langsamkeit der russischen Mobilisation als willkommene Gelegenheit für weitere Friedensverhandlungen auszunützen, war sie im Gegenteil von der deutschen Regierung als Faktor des erhofften Sieges in ihren Kriegsplan eingestellt worden. In der Tat beruhte der deutsche Kriegsplan (bis zur Schlacht an der Marne), so wie er uns heute bekannt ist, auf der Langsamkeit der russischen und der Schnelligkeit der eigenen Mobilisation. Das heißt, er war in seinem ersten Teil überhaupt nicht gegen Rußland, sondern gegen Frankreich und Belgien gerichtet. Das war so sehr der Fall, daß man im Vertrauen auf die Langsamkeit der russischen Mobilisation die deutsche Hauptarmee durch Belgien gegen Frankreich schickte, die ostpreußische Grenze nur mit ungenügenden Streitkräften besetzte, infolgedessen die Schlacht bei Gumbinnen verlor, halb Ostpreußen preisgeben und Anfang September 1914 bedeutende Truppenmassen aus Frankreich abziehen und gegen Rußland schicken mußte, um eine Katastrophe in Ostpreußen zu vermeiden. Das hatte die Niederlage an der Marne, den Bankrott des deutschen Kriegsplans und die Entlassung seines Urhebers Moltke zur Folge. Die historisch feststehende Tatsache

ist also, daß dem deutschen Generalstab die russische Generalmobil-  
machung auf Wochen hinaus so ungefährlich, ihre Langsamkeit so  
selbstverständlich erschien, daß er seinen ganzen Kriegsplan darauf ge-  
baut hatte und sich unmittelbar nach der Kriegserklärung gar nicht  
gegen Rußland, sondern ausschließlich gegen Belgien und Frankreich  
wandte. Trotzdem wagte Herr von Bethmann Hollweg, seinen Zeit-  
genossen jene Mobilmachung als ein in der nächsten Sekunde losbrechen-  
des Kriegsgewitter hinzustellen, das Deutschland bei Gefahr seines  
Lebens zwang, ohne Besinnen nach allen Seiten hin loszuschlagen.

Witens endlich muß die höchst eigentümliche Tatsache hervor-  
gehoben werden, daß Osterreich selbst (demzuleibe doch die deutsche  
Regierung so übereilt vorging) zwar fast gleichzeitig mit Rußland  
mobilisiert hatte, die diplomatischen Verhandlungen mit Petersburg  
aber ruhig fortsetzte (Notbuch Nr. 53, 55, 56) und den Krieg an Ruß-  
land erst fünf Tage später erklärte als Deutschland selbst.

Die Gefährlichkeit der russischen Mobilmachung (die nach der Dar-  
stellung des Herrn von Bethmann Hollweg den Krieg unvermeidlich  
machte) wird also widerlegt: 1. durch ein feierliches und wiederholt  
gegebenes Wort des russischen Zaren; 2. durch geschichtliche Präzedenz-  
fälle und den Hinweis darauf durch den verbündeten Grafen Berch-  
told; 3. durch den Aufbau und die Durchführung des deutschen Kriegs-  
planes und 4. endlich durch die Haltung der österreichischen Regierung  
selbst, der die russische Generalmobilmachung so ungefährlich schien,  
daß sie trotzdem die Verhandlungen fortsetzte und den Krieg an Ruß-  
land erst am 5. August erklärte.

Im Lichte dieser geschichtlichen Tatsachen gesehen, erscheint uns  
also die These und Logik des deutschen Reichskanzlers nicht eben stich-  
haltig. Wenn damals niemand im deutschen Reich dagegen prote-  
stierte, so erklärt sich diese erstaunliche Tatsache aus dem Zustand des  
sogenannten Burgfriedens. „Burgfrieden“ nannten unsere Vorfahren  
jene merkwürdige Einrichtung, mit deren Hilfe die deutsche Regierung  
jede freie Meinungsäußerung unterbinden und von vornherein in allem  
und jedem recht haben konnte.

Herr von Bethmann Hollweg sagte in jener Rede weiter: „Das  
Haager Schiedsgericht, das er (Lord Grey) zwar anbot, ist ja äußerlich

sehr bedeutungsvoll; aber es wurde angeboten, als bereits die russischen Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt waren.“ Auch dieser Satz zeigt uns, wie bequem für die damaligen (von jeder Verantwortung vor dem Volke freien) Staatsmänner Deutschlands der Burgfrieden war.

Erstens nämlich hat nicht Lord Grey das Haager Schiedsgericht angeboten, sondern zunächst die serbische Regierung in ihrer Antwortnote an Österreich (franz. Gelbbuch Nr. 49). Dieser Vorschlag wurde Österreich bereits am 25. Juli gemacht, als also von russischen Truppen noch nirgendwo die Rede war. Statt auf diesen Vorschlag einzugehen, hat die österreichische Regierung die Verhandlungen einfach abgebrochen und Serbien den Krieg erklärt. Für diese ebenso voreilige als brutale Handlungsweise der verbündeten Regierung hat Herr von Bethmann Hollweg nicht nur niemals ein Wort des Tadelns gesagt, sondern (Weißbuch S. 7) sie ausdrücklich gebilligt.

Zweitens aber wurde das Haager Schiedsgericht vom russischen Zaren in einer Depesche an Wilhelm II. angeboten. Diese Depesche trägt das Datum des 29. Juli 1914. Sie wurde, nochmals wiederholt, von der deutschen Regierung weder beantwortet, noch dem deutschen Volke überhaupt bekannt gegeben. Erst als der Moniteur officiel der russischen Regierung (31. Januar 1915) auf das Vorhandensein dieser Depesche hinwies, hat sich die deutsche Regierung herbeigelassen zuzugeben, daß sie sie empfangen habe und — sie in die zweite Ausgabe ihres Weißbuches aufgenommen. Diese Tatsache allein sagt uns über die Schuld am Kriege mehr als alle bis zum 9. November 1916 gehaltenen Reichskanzlerreden zusammengenommen. Halten wir die Daten fest: Das Haager Schiedsgericht wurde von Serbien am 25. Juli und vom russischen Zaren am 29. Juli 1914 vorgeschlagen. Der Reichskanzler sagte in seiner Rede vom 9. November 1916, die russische Generalmobilmachung sei „in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 angeordnet worden“, und in seiner Rede vom 4. August 1914 heißt es, daß „schon am Nachmittag des 1. August russische Truppen unsere Grenzen überschritten“. Woraus sich zunächst ergibt, daß das Haager Schiedsgericht zweimal zu einer Zeit vorgeschlagen wurde, als noch nirgendwo „russische Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt waren“. Und woraus sich weiter ergibt, daß Herr von Bethmann Hollweg ge-

nötigt war, wissentlich die Dinge anders darzustellen, als sie geschichtlich erwiesen sind. Denn nur auf diese Weise konnte er die für die Feststellung der Schuld höchst wichtige Tatsache aus der Welt schaffen, daß ihm und seinem Wiener Kollegen das Haager Schiedsgericht zweimal zu einer Zeit vorgeschlagen wurde, als eben noch k e i n e russischen Truppen gegen uns in Bewegung waren.

Der Reichskanzler betonte in seiner Rede weiter, daß er in Wien einen Druck zugunsten des Friedens ausgeübt und zur Annahme des Greyschen Vermittlungsvorschlages geraten habe. Er bezieht sich dabei auf zwei Depeschen. Von der ersten sagt er: „Bekannt ist die Instruktion, die ich am 30. Juli an unseren Botschafter nach Wien gab“. Den Wortlaut dieser Instruktion hat der Reichskanzler bereits in seiner Rede vom 19. August 1915 bekannt gegeben. Er fügte damals hinzu, er habe diese Depesche kurz vor Ausbruch des Krieges in der englischen Presse veröffentlichen lassen. Und in der Tat ist sie in der „Westminster Gazette“ vom 1. August 1914 abgedruckt worden. Sonst aber fehlt sie in allen offiziellen Dokumentensammlungen und am meisten im deutschen Weißbuch. Der Tatbestand in bezug auf diese Depesche ist also folgender: Sie wurde am 1. August 1914 in einer einzigen englischen Zeitung und sonst nirgendwo veröffentlicht. Erst zwölf Monate später bezeichnete der deutsche Reichskanzler diese Veröffentlichung als sein Werk. Englische Geschichtschreiber haben aus dieser merkwürdigen Tatsache den Schluß gezogen, es handle sich hier um ein erfundenes Dokument, das im kritischen Moment eigens zu dem Zweck in jene englische Zeitung gebracht wurde, um England vom Kriege zurückzuhalten, das heißt den Eindruck zu erwecken, die deutsche Regierung habe sich in Wien ernsthaft für den Greyschen Vermittlungsvorschlag eingesetzt. Aber ob erfunden oder nicht: die Tatsache steht fest, daß die deutsche Regierung keine plausible Erklärung darüber gegeben hat, warum diese Depesche in allen offiziellen Dokumentensammlungen fehlt. Kein Staatsmann, der das Recht auf seiner Seite fühlt und sich in einer so schwierigen Lage befindet wie damals der deutsche Reichskanzler, kann ein Interesse daran haben, solche Dokumente jahrelang zu verbergen. Denn schon zu Beginn des Krieges wurde der Reichskanzler von allen Seiten beschuldigt, er habe in Wien nicht mäßigend

und vermittelnd eingegriffen und dadurch die Katastrophe unvermeidlich gemacht. Warum hat er Dokumente, die das Gegenteil beweisen konnten, nicht schon zu einer Zeit bekannt gegeben, als noch niemand an ihrer Echtheit zweifeln konnte?

Dieselbe Bemerkung gilt in weit höherem Maße nach von der zweiten Depesche, die der Reichskanzler zum ersten Mal in der Rede vom 9. November 1916 bekannt gab. Nach 27 Monaten Krieg zog er plötzlich eine Depesche an seinen Wiener Gesandten hervor, in der es unter anderem heißt: „Das politische Prestige Österreich-Ungarns und die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklichst zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.“ — Bedauerlicherweise gibt der Reichskanzler nicht das genaue Datum an, an dem er diese wichtige Depesche nach Wien sandte. Er sagte nur: „Ich habe ‚damals‘ nach Wien telegraphiert“: Damals! Als ob hier nicht die genaueste Zeitangabe von höchster Wichtigkeit wäre. Dies um so mehr, als dieses Telegramm (wie auch das vorerwähnte) nirgendwo in den stattgehabten Depeschewechsel eingepaßt werden kann. Man versuche einmal diese Einpassung und man wird finden, daß, wa man sie auch versucht, ihr Inhalt in krassem Widerspruch zu anderen vorausgegangenen deutschen Schriftstücken steht. (So namentlich zu Weißbuch Anl. 12, wa der Reichskanzler seinem Londoner Botschafter ausdrücklich erklärt: „Es ist für uns unmöglich, unsern Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen.“)

Nach wichtiger aber als die Frage, warum diese Depeschen nicht früher bekannt gegeben wurden und warum sie in so offenbarem Widerspruch mit anderen deutschen Diplomatenaften stehen, ist jene andere Frage: Welche Antwort hat Österreich-Ungarn auf diese Depeschen gegeben? Bis auf den heutigen Tag haben wir vergeblich nach solchen Antworten gesucht.

Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten: Entweder die österreichische Regierung hat sich um diese deutschen Anregungen überhaupt nicht

bekümmert und dann war das eine grobe Beleidigung des verbündeten Berliner Kabinetts; oder aber sie hat ehrlich versucht, ihnen nachzukommen und dann liegt keine Veranlassung vor, uns jene Dokumente vorzuenthalten, die das klar beweisen. Solche Dokumente aber fehlen.\*)

Folglich steht die geschichtliche Tatsache fest, daß die österreichische Regierung die ihr von Berlin erteilten Ratschläge nicht beachtet hat. Wenn wir daher, trotz der vorerwähnten Bedenken, einen Augenblick annehmen, die Echtheit jener Depeschen sei erwiesen, das heißt die deutsche Regierung habe tatsächlich in dem angegebenen Sinne einen Druck auf Wien ausgeübt, dann ergibt sich in diesem Falle die logische Schlußfolgerung, daß jene an den Wiener Botschafter gesandten Depeschen, mit denen der deutsche Reichskanzler sich zu rechtfertigen suchte, ihn und seine Verbündeten in Wahrheit noch mehr belasten. Denn da es erwiesen ist, daß Österreich in keiner Weise auf jene Vorschläge einging (siehe auch den oben zitierten offiziellen Artikel der österreichischen Regierung im *Vester Lloyd* vom 27. Mai 1916), so ergibt sich daraus erstens ein deutlicher Beweis für die Kriegslust der verbündeten österreichischen Regierung; zweitens aber eine Nichtachtung der Ratschläge des verbündeten Berliner Kabinetts, die direkt eine Beleidigung für Deutschland war. — Gesezt, A ist mit B verbündet; B gerät in Streit mit C und A rät ihm ernsthaft, sich vor Übertreibungen zu hüten, da er keine Lust habe, seinetwegen Krieg zu führen; B aber schlägt alle guten Ratschläge in den Wind, weil er von vornherein entschlossen ist, „auf keine Konferenz zu gehen“, auch

---

\*) In welcher Weise der damalige Reichskanzler mit den Tatsachen umsprang, erhellt daraus, daß er in seiner Rede vom 9. November 1916 die Nr. 51 des österreichischen Rotbuches (Note des Grafen Berchtold an die österreichischen Botschafter in London und Petersburg) als Antwort auf jene nach Wien gegebenen Instruktionen hinzustellen wagt. Von dieser Nr. 51 zitierte er aber wohlweislich nur einen Teil und ließ den dritten Absatz ganz fort. Aus dem dritten Absatz dieser Nr. 51 ist nämlich ersichtlich, daß die Nr. 51 eine (übrigens nichtsagende) österreichische Antwort auf die Nr. 84 des englischen Blaubuches ist (Vorschlag einer Konferenz zu vieren in London), auf keinen Fall also eine Antwort oder gar Folgeleistung der „damals“ von Berlin nach Wien gegebenen Instruktion sein kann. (Denn diese bezieht sich, wie aus ihrem Inhalt hervorgeht, auf die Nr. 88 des englischen Blaubuches: Vermittlungsaktion der Mächte nach Besetzung serbischer Gebiete durch Österreich.)

wenn C seine Mobilmachung unterlassen oder unterbrochen hätte. Besteht in diesem Fall für A noch eine Verpflichtung, dem B doch zu helfen? Hat er nicht vielmehr jetzt ein Recht, über B's Halsstarrigkeit und Kriegslust empört zu sein und ihn seinem Schicksal zu überlassen?

Entweder, oder: Entweder hat der deutsche Reichskanzler in Wien ernsthaft für die Annahme der Greyschen Vermittlungsvorschläge gesprochen; dann aber ergab sich für ihn, da Osterreich nicht auf ihn hörte, im Namen des Friedens die moralische Pflicht, einen so kriegslustigen Verbündeten abzuschütteln. Oder aber, jene Depeschen waren (wenn sie echt sind) von vornherein nur Getue.

Wir wiederholen: Dieser Reichskanzler ist eine Merkwürdigkeit der Weltgeschichte. Wenigstens kennen wir kein anderes Beispiel eines Staatsmannes, der sich in dem Bemühen, seine Handlungen zu rechtfertigen, fortwährend selbst anklagte.

Der Reichskanzler wandte sich in jener berühmten Rede vom 9. Nober 1916 namentlich gegen den damaligen englischen Minister Lord Grey und dessen Rede vom 23. Oktober 1916. Nachdem er in der eben beleuchteten Weise die Schuldlosigkeit Deutschlands bewiesen hatte, war es ihm eine angenehme Aufgabe, jene Greysche Behauptung zu widerlegen, die darin gipfelte, daß die verfrühte Aufkündigung der deutschen Mobilisation durch den Lokal-Anzeiger (Berlin, 30. Juli 1914) eine „Emscher Depesche“ gewesen sei, mit der die deutsche Regierung Rußland zur sofortigen Mobilisation habe veranlassen wollen. Diese Unterstellung des englischen Ministers war nicht eben sehr geschickt und für die Feststellung der Schuld am Kriege durchaus belanglos. — Wir glauben Herrn von Bethmann Hollweg gern, daß die deutsche Regierung zu dieser verfrühten Bekanntmachung des Lokal-Anzeigers in keiner Beziehung stand. Er konnte daher mit vollem Recht sagen: „Wir brauchen kein Tribunal zu scheuen“ und einen glaubhaften Gegenbeweis zu Greys Verdächtigung erbringen.

Dieser Teil der Greyschen Rede und der Bethmannschen Gegenrede war höchst überflüssig. Es gab in der Weltgeschichte niemals so zahlreiche und offensichtliche „Emscher Depeschen“ als in der Zeit vom 23. Juli bis 5. August 1914; Lord Grey hatte also bei dem reichlichen Vorrat daran wirklich nicht nötig, noch eine dazu zu erfinden und die

wirklichen zu übersehen. Unter einer „Emscher Depesche“ verstanden die Völker Europas damals jenes Manöver, das Bismarck im Jahre 1870 erfunden und in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ eingehend erzählt hat. Es bestand im wesentlichen darin, durch gefälschte, verstümmelte oder gar erfundene offizielle Dokumente den Gegner zum Krieg zu reizen und im eigenen Volke Stimmung für einen beabsichtigten Krieg zu machen. Um sich von der erstaunlichen Tatsache zu überzeugen, daß in der Zeit vom 23. Juli bis 5. August 1914 mindestens ein Duzend solcher Emscher Depeschen fabriziert und veröffentlicht worden sind, braucht man nur eine beliebige deutsche oder österreichische Zeitung aus diesen dunklen Tagen zur Hand zu nehmen. Für die deutsche und österreichische Regierung handelte es sich Ende Juli und Anfang August 1914 darum, dem Volke einen offenbaren Angriffskrieg (auch Präventivkrieg genannt) als heiligen Verteidigungskrieg hinzustellen und dergestalt jene vaterländische Begeisterung zu entfachen, ohne die kein moderner Staat Krieg führen konnte. Dieser Zweck wurde mit mehreren „Emscher Depeschen“ erreicht.

So zum Beispiel mit der „Halbamtlichen Mitteilung“ des Wiener Pressebureaus vom 28. Juli 1914 (französisches Gelbbuch Nr. 75 bis), die in allen deutsch-österreichischen Zeitungen veröffentlicht wurde und dem Volke die serbische Antwort so darstellte, als liege darin eine kriegerische Herausforderung Österreichs und die Notwendigkeit, für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes zu den Waffen zu greifen.

Eine ähnliche „Emscher Depesche“ haben wir in der Veröffentlichung der serbischen Antwortnote durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 29. Juli 1914 vor uns. Diese Veröffentlichung erfolgte — obwohl sie schon vom 25. datiert und spätestens am 26. früh in Wien und Berlin war — erst am 29. Juli. Sie war außerdem mit „Anmerkungen“ durchsetzt, die für die Veröffentlichung solcher Dokumente durchaus unstatthaft sind. Das heißt also: Die serbische Antwort wurde in Deutschland erst veröffentlicht, nachdem Österreich bereits den Krieg an Serbien erklärt hatte, womit man das Volk vor eine vollendete Tatsache stellte. Und in der Furcht, die serbische Antwort könne trotzdem einen allzu günstigen Eindruck auf die Leser machen, „verstümmelte“ man sie durch „Anmerkungen“, die den deutlichen Zweck ver-

folgten, dem Urteil der Leser vorzugreifen und den Glauben an die Niedertracht und Unglaubwürdigkeit der serbischen Regierung zu erwecken. Warum jene Anmerkungen? Was bezweckten sie anders, als die Nachgiebigkeit der serbischen Regierung zu verschleiern und eine Kriegserklärung zu rechtfertigen, die sich aus der kommentarlosen Lektüre der serbischen Antwort eben nicht rechtfertigen ließ.

Eine „Emscher Depesche“ ganz anderer Art ist folgende „Amtliche Erklärung zum Vorgehen Frankreichs“, die in allen deutschen Zeitungen nachgelesen werden kann:

„Berlin, 3. August (Amtliche Meldung): Bisher hatten deutsche Truppen, den erhaltenen Befehlen gemäß, die französische Grenze nicht überschritten. Dagegen greifen seit gestern französische Truppen ohne Kriegserklärung unsere Grenzposten an. Sie haben, obwohl uns die französische Regierung noch vor wenigen Tagen die Einhaltung einer unbefetzten Zone von 10 km zugesagt hatte, an verschiedenen Punkten die deutsche Grenze überschritten. Französische Kompagnien halten seit gestern deutsche Ortschaften besetzt, bombenwerfende Flieger erschienen in Baden und Bayern und sind unter Verletzung der Neutralität über belgisches Gebiet in die Rheinprovinz eingedrungen und versuchen, unsere Bahnen zu zerstören. Frankreich hat damit den Angriff gegen uns eröffnet. Die Sicherheit des Reichs erfordert Gegenmaßnahmen. Der Kaiser hat die erforderlichen Befehle erteilt. Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt, seine Pässe zu fordern.“

Hier handelt es sich nicht mehr um eine bloße Ausdeutung und Verstümmelung offizieller Dokumente wie in den beiden ersten Fällen, sondern (wie wir heute positiv wissen) um eine direkte Erfindung. Jeder Deutsche der damaligen Zeit war gewöhnt, den „amtlichen Meldungen“ seiner Regierung blindlings zu glauben; nachdem er in allen Zeitungen gelesen und aus dem Munde des Reichskanzlers (Reichstagsitzung vom 4. August) gehört hatte, daß „Frankreich uns tatsächlich angegriffen“ hatte, griff er mit heiliger Empörung zu den Waffen für die Verteidigung seines Vaterlandes. Der Zweck jener „Emscher Depesche“ war glänzend erreicht worden. Aber für die in ihr behaupteten Ereignisse ist die deutsche Regierung nicht nur den Wahrheitsbeweis schuldig geblieben, sondern sie hat dafür auch den Gegenbeweis

sogar selbst erbracht (siehe das oben zitierte Schreiben des General-  
kommandos in Nürnberg vom 3. April 1916).

Wir, die wir ohne Voreingenommenheit und Leidenschaft nur der  
geschichtlichen Wahrheit dienen und alle Dokumente der damaligen  
Zeit zur Verfügung haben, verstehen nicht, warum die Staatsmänner  
der damals gegert Deutschland verbündeten Länder Nebenepisoden wie  
die verfrühte Extraausgabe des Lokalanzeigers zum Gegenstand langer  
Erörterungen machten, anstatt den deutschen Reichskanzler auf solche  
und ähnliche „Emscher Depeschen“ hinzuweisen. Nach 27 Monaten  
Krieg war man hüben und drüben endlich zu der Einsicht gelangt, daß  
man die Friedensbedingungen abhängig machen müsse von der Fest-  
stellung der Schuld am Kriege. Erfreulicherweise hatte sich auch Herr  
von Bethmann Hollweg und die gesamte deutsche Presse zu dieser Auf-  
fassung bekannt und sich bereit erklärt, an der vernunftgemäßen Be-  
antwortung der Schuldfrage mitzuhelfen. Unter diesen Umständen  
hätte es für die Staatsmänner der Vierverbandsländer nur eine  
Frage an den deutschen Reichskanzler geben sollen: Mit welchen hand-  
greiflichen, juristisch beweisbaren und bewiesenen Tatsachen kann die  
deutsche Regierung er härten, daß sie „tatsächlich angegriffen“ war?  
Vermitteltst welcher vollwertigen Dokumente kann sie beweisen, daß  
jene „amtlichen Meldungen“ der deutschen und österreichischen Re-  
gierungen, die wir für „Emscher Depeschen“ halten, in Wahrheit keine  
„Emscher Depeschen“ waren? Wenn man uns unwiderlegbar bewiese,  
daß Deutschland „tatsächlich angegriffen“ wurde und einen heiligen  
Verteidigungskrieg führt, dann sind wir bereit, unsere Friedensbe-  
dingungen dieser Tatsache anzupassen und einen Frieden zu schließen,  
der Deutschland vor ähnlichen Angriffen in der Zukunft schützt.

Und wenn andererseits Herr von Bethmann Hollweg „kein Tri-  
bunal zu scheuen“ hatte und gleichfalls der Meinung war, daß die  
Feststellung der Schuld (die aber innerhalb der kritischen zwölf Tage  
festgestellt werden muß) eine Vorbedingung für den Beginn von  
Friedensverhandlungen sein müsse, warum hat er solchen Fragen und  
Verdächtigungen nicht vorgegriffen? Warum ist er nur immer (ganz  
wie seine Widersacher) auf Neben- und Einzelerrscheinungen der kriti-  
schen zwölf Tage eingegangen?

Angriffs- oder Verteidigungskrieg? Das ist hier die Frage. Man kann sie nicht mit allgemeinen Behauptungen beantworten, sondern nur mit geschichtlich beweisbaren und bewiesenen Tatsachen. Entweder also erbrachte Herr von Bethmann Hollweg den Beweis, daß jene „amtlichen Meldungen“ (und seine Reichstagsrede vom 4. August) keine „Emscher Depeschen“, sondern wahrheitsgemäße Darstellungen von Tatsachen waren . . . Dann hätten wir weiter untersuchen können, inwieweit seine These (Deutschland sei heimtückisch überfallen worden) richtig ist. Oder aber, er erbrachte diesen Tatsachenbeweis nicht (und er hat ihn, leider! nie erbracht), dann aber ist es klar, daß jene amtlichen Meldungen freie Erfindungen waren, die nur den Zweck haben konnten, dem deutschen Volke einen offenbaren Angriffskrieg als Verteidigungskrieg hinzustellen. Ist das aber bewiesen (und es ist heute bewiesen), dann ist auch alles, was der deutsche Reichskanzler von der russischen Generalmobilisation, von seinen Bemühungen, in Wien einen Druck zugunsten des Friedens auszuüben usw. sagte, von vornherein hinfällig und bedarfschon darum keiner eigentlichen Widerlegung mehr.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß diese Frage nach der Schuld am Kriege den damaligen Staatsmännern und Politikern soviel Anlaß zum Sprechen und Schreiben bot und doch erst nach Jahren auf jenen Punkt kam, auf den sie gleich hätte kommen müssen. Denn schon damals hätte die Feststellung der Schuld ebenso leicht sein müssen wie heute. Wir besitzen nämlich heut nach fünfzig Jahren keine wesentlich anderen Dokumente über die Vorgänge jener kritischen zwölf Tage als unsere Vorfahren des großen Krieges. Hätten sich die Staatsmänner der damaligen Zeit die Mühe gegeben, klar und unzweideutig über Schuld und Ziel des Krieges zu sprechen; hätten sie, statt ihre Zeitgenossen mit langatmigen Erörterungen über Nebenerscheinungen zu ermüden, überall gleich die Kernpunkte herausgegriffen und präzise Fragen gestellt, auf die die Gegenseite ebenso präzise hätte antworten müssen, der Weltkrieg wäre wahrscheinlich um mehrere Monate abgekürzt worden. So aber tobte neben dem Krieg der Kanonen und Bajonette ein hoffnungsloser und nachgerade langweiliger Krieg der Federn und Zungen über eine Frage weiter, deren Beantwortung wirklich ein sehr einfaches juristisches Problem war.

\*

\*

\*

Aus den heute (und damals schon) vorliegenden diplomatischen und allgemein geschichtlichen Beweismaterialien ergibt sich also die unumstößliche Gewißheit, daß dieser entsetzliche Krieg nicht Schicksal und Notwendigkeit, sondern Vorfaß und Wille, auf alle Fälle aber kein heiliger Verteidigungskrieg Deutschlands gegen feindliche Überfälle war.

Ein aufmerksames Studium der deutschen Literatur der damaligen Zeit hat uns zudem die Überzeugung aufgedrängt, daß Deutschland einen offenbaren Eroberungskrieg führte. Wir sehen hier ganz von der geschichtlichen Tatsache ab, daß Preußen niemals einen siegreichen Krieg ohne Land- oder Gelderwerb geführt hat. Obgleich dies eine Merkwürdigkeit ist, die Preußen mit keinem anderen Lande teilt, gilt sie uns hier nicht als Beweis. Wenn aber, wie dies im Weltkrieg der Fall war, ein „tatsächlich angegriffenes“ Land gleichzeitig mit seinen Beteuerungen, es sei schmachlich überfallen worden, ungeheure Annexionsprojekte zutage fördert, die großen Anklang im Volk finden und sich des offenbaren Wohlwollens der leitenden Staatsmänner erfreuen, so ist das einigermaßen bedenklich. Wer, wie die deutschen Intellektuellen und Politiker der damaligen Zeit, im gleichen Atemzuge von Verteidigung und Eroberung spricht, für den ist die Idee der Verteidigung offenbar nur ein Vorwand.

Kaum waren die ersten Schläge gegen das arme Belgien gefallen, als auch schon die maßgebendsten Leute in Deutschland die Annexion Belgiens forderten. Die ersten dreißig Monate des Weltkrieges waren in einem gewissen Sinne zwar siegreich für Deutschland verlaufen, aber aus guten Gründen hatte die deutsche Regierung die Diskussion der Kriegsziele verboten. Erstens konnte sie ihre sowieso schon recht mühsam aufgebaute Fabel vom Verteidigungskrieg nicht gleich durch die Bekanntgabe ihrer Eroberungsabsichten selbst als Fabel hinstellen; zweitens aber sah sie klar, daß der Krieg nicht zu Ende sei und daß Deutschland, nachdem einmal der erste Anstieß mißglückt war, nie in die Lage kommen würde, überhaupt etwas zu annektieren. Es half nichts. Je mehr sich die deutschen Scheinerfolge häuften, um so mehr häuften sich die Stimmen, die den armen Reichskanzler um Freigabe der Kriegszieldiskussion bestürmten. Und da ihm die elementarste Klugheit Schweigen gebot, weil der Vär, dessen Fell jene in ihrer

Siegesgewißheit beständig verteilten, ja noch gar nicht erlegt war, so verdächtigten und beschimpften sie ihn in der niedrigsten Weise. Es war ein zugleich lächerliches und beschämendes Schauspiel, das Deutschland damals der Welt bot.

Das deutsche Volk glaubte einen heiligen Verteidigungskrieg gegen einen ruchlosen Überfall des „Länderverteilungs syndikats“ zu führen (so nannte man den Dreiverband in Deutschland) und mußte volle zwei Jahre lang (solange die Kriegslage für Deutschland günstig war) zusehen, wie sich jeden Tag neue Länderverteilungs syndikate in Deutschland bildeten. Die einen träumten von einem „größeren Deutschland“ von Antwerpen bis Bagdad, die anderen von der „Befreiung“ der Flamen, Balten, Polen und Letten, die dritten von dem Erwerb reicher Kohlen- und Eisengruben in Nordfrankreich, von den französischen Kolonien in Nordafrika, von einem seebeherrschenden deutschen Weltreich und vielen anderen herrlichen Dingen \*). Zum Segen Europas wurde ihnen schließlich durch den Ausgang des Krieges das gefräßige Maul gestopft. Denn wären ihre Pläne verwirklicht worden, dann hätten wir statt des friedlichen Europas, das wir seit fünfzig Jahren besitzen und das wir für die kommenden Generationen mit immer sichereren Friedensgarantien zu umgeben bestrebt sind, wieder denselben Zustand der Miesenrüstungen und Gewaltpolitik

---

\*) Bereits im Sommer 1915 forderten die sechs namhaftesten deutschen Wirtschaftsverbände (Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Westfälischer Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und Reichsdeutscher Mittelstandsverband) in einer Eingabe an den Reichskanzler die Annexion Belgiens, Nordfrankreichs, der baltischen Provinzen usw. usw. — Eine Eingabe der deutschen Hochschullehrer stellte ähnliche Forderungen. — Eine vom März 1916 datierte Eingabe an den Bundesrat („Richtlinien für Wege zum dauernden Frieden“) fordert die Annexion Belgiens, die „Erwerbung einer militärisch möglichst günstigen Grenze unter Einbeziehung der für uns unentbehrlichen Grubengebiete“ gegenüber Frankreich, die „möglichste Zurückdrängung Rußlands aus den nicht von Großrussen bewohnten Gebieten“, die „Eintämmung eines möglichst zusammenhängenden Kolonialbesitzes in Afrika“ usw. usw. — Eine zusammenfassende Darstellung der deutschen Annexionsforderungen ist im Verlage Payot & Co., Lausanne (Das annexionistische Deutschland, bearbeitet von S. Grumbach) erschienen. Das in diesem Band zusammengetragene authentische Material ist in seiner Überfülle erstaunlich und für jeden demokratisch gesinnten Deutschen beschämend.

in Europa bekommen, wie er von 1871 bis 1914 zum Unheil der Völker bestanden hatte. Denn das sicherste Mittel zur Vorbereitung und „Unvermeidbarkeit“ der Kriege sind Annerionen gegen den Willen der Annektierten.

Die Eroberungspläne der damaligen sogenannten Pangermanisten waren so ungeheuerlich, daß ein Finanzminister, der auf die Idee gekommen wäre, den pangermanistischen Größenwahn zu besteuern, indem er etwa für jeden Quadratmeter Land, den die Herren zu annekieren wünschten, eine Mark verlangt hätte, mit dieser Annerionssteuer sämtliche deutschen Kriegskosten gedeckt und Leute wie Rohrbach, Wassermann, Chamberlain, Reventlow, Harden und hundert andere zu armen Teufeln gemacht hätte.

Es bedurfte der deutschen „Siege“ der ersten 30 Kriegsmomente, um uns die erschreckende Maßlosigkeit der pangermanistischen Ländergier voll vor Augen zu führen. Gewisse Bücher, die die tollsten Annerionsforderungen aufstellten, erlebten Auflagen von 200 000 Exemplaren und mehr. Selbst zahlreiche und bis dahin als normal geltende deutsche Sozialisten erlagen dieser Kinderkrankheit. Leute wie Lensch, Kolb, Geß, Abelung, Quark, Landsberg, Südekum, Heine, Hänisch und viele andere sogenannte Sozialisten bespuckten zynisch das Vermächtnis ihrer großen Vorväter Marx und Bebel und sprachen wie die erstbesten Pangermanisten von „Grenzverbesserungen“, „Sicherheiten für unsere Existenz“, „Garantien gegen künftige Überfälle“ usw. usw. \*). In einer Zeit, als der Krieg schon eine bedenkliche Wendung für Deutschland genommen hatte, verlangten Fürstlichkeiten wie der König von Bayern,

---

\*) So schreibt zum Beispiel der Abgeordnete Hänisch (Vorwärts, 6. Sept. 1916): „Was aber die vielberufenen Annerionen anbelangt, habe ich für meine Person nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft eine weitgehende Hinausschiebung unserer Grenzen gegen Osten hin für ein höchst erstrebenswertes Kriegsziel halte, etwa bis zur Narewlinie.“ Und einige Sätze weiter: „Darum erkläre ich rund heraus, daß nach meiner Auffassung die Friedensziele der Sozialdemokratie etwa in derselben Richtung zu liegen haben, wie diejenigen Friedensziele, welche der Reichskanzler in seiner bekannten Rede vom 9. Dezember 1915 und später entwickelt.“ — Ähnliche Äußerungen bekannter führender Sozialdemokraten finden sich in den „Sozialistischen Monatsheften“, im „Hamburger Echo“, in der „Chemnitzer Volksstimme“ und anderen Parteiorganen.

angesehene Industrie- und Wirtschaftsverbände, führende Zeitungen und Politiker noch immer mit einer Selbstverständlichkeit Eroberungen und Machtzunahme, die uns beweist, daß das Lächerliche und Barbarische damals in Deutschland offiziell noch als das Patriotische galt \*).

Heute, wo wir das glücklich-unglückliche Ende dieses Weltkrieges für Deutschland kennen, wirft diese ganze ungeheure Literatur nicht nur ein bedauerliches Licht auf die Lächerlichkeit und Großmäuligkeit der damaligen Sprecher der deutschen Nation, sondern sie ist vor allen Dingen, wie gesagt, auch das klarste Dementi, das diese Leute selbst der offiziellen These eines heiligen Verteidigungskrieges gegeben haben. Wer an der Hand dieser ungeheuren Literatur, in der der Länder- und Geldraub als ein ganz selbstverständliches Ergebnis eines „uns aufgenötigten heiligen Verteidigungskrieges“ behandelt wird, noch länger über den wahren Sinn dieses Krieges Zweifel hegt, dessen Einfalt muß man belächeln.

Es gab damals, so weit wir blicken können, nur einen angesehenen Mann in Deutschland, Maximilian Harden, der den Mut hatte, sich offen zu seinen alten Ideen zu bekennen, das heißt, der den lange herbeigesehnten Eroberungskrieg auch so nannte, als er endlich ausgebrochen war:

„Endet drum die bärmiglichen Versuche, Deutschlands Tat zu entschuldigen. Endet auch das niedrige Geschimpf auf die Feinde.

„Nicht als willenlos Übertölpelte haben wir das ungeheure Wagnis dieses Krieges auf uns genommen. Wir haben es gewollt. Weil wir wollen mußten und durften. Der Teufel würgte die Winsler, deren Bitte um Entschuldigung uns, in den Wundern hohen Erlebnisses, lächerlich macht. Wir stehen nicht, stellen uns nicht vor Europas Gericht. Unsere Macht soll in Europa neues Recht schaffen. Deutschland schlägt. Wenn es seinem Genius neue

---

\*) Selbst als die Kriegslage schon so hoffnungslos geworden war, daß der Reichskanzler in seiner vorerwähnten Rede vom 9. November 1916 bereits erklären mußte, er habe „die Annexion Belgiens nie als unsere Absicht bezeichnet“, verlangten die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und Konservativen noch immer, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleibe.

Bezirke erobert, preist die Priesterschaft aller Götter den guten Krieg . . . . .

„Wir führen den Krieg nicht, um Sünder zu strafen, auch nicht um geknechtete Völker zu befreien und uns dann am Bewußtsein uneigennütigen Edelsinns zu rösten. Wir führen ihn vom Fels der Überzeugung aus, daß Deutschland nach seiner Leistung weiteren Erdenraum und weitere Wirkensmöglichkeit fordern darf und verlangen muß. Spanien und die Niederlande, Rom und Habsburg, Frankreich und England besaßen, beherrschten, besiedelten große Strecken des fruchtbarsten Bodens. Nun schlug die Stunde deutscher Vormacht.“ (Zukunft, 17. Oktober 1914.)

In der Tat: Der diplomatische Ursprung dieses Weltkrieges, die von der deutschen Regierung selbst aufgestellten und zugegebenen Widersprüche und Fälschungen in Sachen des „tatsächlichen Angriffs“, sowie die nach Annexionen verlangende Riesenliteratur und die bis in die Reihen der deutschen Sozialisten hinein grassierende Annexionswut, nötigen uns zu der für uns Deutsche gewiß betrübenden, aber historisch unumstößlich bewiesenen Tatsache, daß noch kein Krieg der Neuzeit deutlicher den Stempel eines Eroberungskrieges trug als der, den Deutschland am 1. August 1914 gegen die halbe Welt begann.

